

Griechenland nach den Wahlen – Herausforderungen und Perspektiven für Europa

Sofia Maria Satanakis

Was bereits seit einiger Zeit in vielen Kreisen innerhalb der Europäischen Union vermutet wurde, ist Ende Januar auch tatsächlich eingetreten: die linksradikale SYRIZA setzte sich in Griechenland bei den Parlamentswahlen als stärkste Partei durch, verfehlte mit 149 Abgeordneten nur knapp die absolute Mehrheit und bildet nunmehr zusammen mit der rechtspopulistischen ANEL („Unabhängige Griechen“) die neue Regierung Griechenlands. Die zwei ehemals einflussreichsten Parteien des Landes, PASOK und Nea Dimokratia, verloren einen Großteil ihrer Wähler und mussten eine für ihre Verhältnisse ernüchternde Niederlage hinnehmen. Viele Kreise innerhalb der EU sehen dieses Wahlergebnis als eine Art Kulturbruch Griechenlands mit seiner politischen Vergangenheit und im Extremfall auch als Gefahr für die ohnehin schon etwas angeschlagene Beziehung des Landes zur Europäischen Union. Doch ist SYRIZA tatsächlich nur ein kurzes Intervall auf dem langen und schwierigen Weg Griechenlands aus der Finanzkrise? Eine bloße Protestpartei, deren Überlebenschance jetzt schon als sehr gering eingeschätzt wird? Was hat zu diesem radikalen Umschwung in der politischen Landschaft Griechenlands geführt und welche Auswirkungen könnte das für Europa generell haben?

Griechenland heute

Im Jahr 1981 wurde Griechenland in die Europäische Union aufgenommen, 2001 folgte der Beitritt zur Eurozone. Doch der schnell entstandene Wohlstand in Griechenland zu Beginn des neuen Jahrhunderts war letztendlich eine Illusion, kreditfinanziert und auf Importe und privaten Konsum fixiert.¹ Nur wenige Jahre danach wurden bereits strukturelle Defizite in der Wirtschaft des Landes sichtbar, welche vor-

erst allerdings komplett ignoriert wurden. Inzwischen geht es Griechenland schlechter denn je. Die neue Regierung sah sich bereits zu Beginn ihres Amtsantrittes mit schwierigen Aufgaben konfrontiert, da sie ein Land übernommen hatte, das sich nicht nur in einer finanziellen, sondern auch inmitten einer humanitären Krise befindet. Das wachsende soziale Ungleichgewicht, das durch die Krise hervorgerufen wurde, ist mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 25,5 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei knapp 50 Prozent.² Ein Großteil der jungen Bevölkerung sucht sein Glück bereits im Ausland; häufigste Zielländer sind hierbei Deutschland und Großbritannien, in denen die griechische Diaspora vor allem in den letzten vier Jahren enorm zugenommen hat. Griechenland hat inzwischen Staatsschulden in Höhe von ungefähr 320 Milliarden Euro angehäuft, ist nicht kapitalmarktfähig und befindet sich finanziell in einem „schwarzen Loch“. Im Zuge eines harten Sparkurses, um das Land trotz allem über Wasser halten zu können, musste die griechische Bevölkerung seit 2009 immer wieder erneute Einkommenseinbußen hinnehmen. Es wurden unter anderem Renten massiv gekürzt, Weihnachts- und Urlaubsgelder gestrichen, eine Sondersteuer für jegliche Art von Immobilienbesitz eingeführt (ENFIA) und Privatisierungen eingeleitet. Im öffentlichen Dienst wurden permanent Entlassungen vorgenommen, doch ist dieser, selbst im Vergleich zu anderen von der Schuldenkrise betroffenen EU-Mitgliedsstaaten, wie Spanien oder Portugal, immer noch viel zu groß.³ Dies ist natürlich nicht der einzige Bereich, in dem zwar Reformen eingeleitet, jedoch aus verschiedenen Gründen nicht vollkommen umgesetzt wurden. Griechenland ist zweifellos ein Land mit enormem Potential, doch wird es

seit Jahren eben auf Grund des aufgeblähten Staatsapparates, der Vetternwirtschaft, der Bürokratie und der Steuerflucht in seiner Weiterentwicklung gelähmt.

Schicksalswahl?

Alexis Tsipras ist nun der neue Mann an der Spitze Griechenlands. Dem Sieg seiner Partei wird jedoch nicht nur in den restlichen EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch in Griechenland selbst enorme Skepsis entgegengebracht. Es ist immer wieder die Rede von einer Schicksalswahl für Griechenland. Von einer Wahl, die die bisherigen Verhältnisse innerhalb der Europäischen Union ins Wanken bringen, und eventuell sogar zu einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone oder im schlimmsten Fall auch aus der EU selbst führen könnte (der sogenannte GREXIT). Doch der Aufstieg des bisher jüngsten Ministerpräsidenten Griechenlands und dessen zunehmende Popularität in der griechischen Bevölkerung sind relativ einfach zu erklären. Alexis Tsipras' Trumpfkarte ist vor allem seine Nähe zum schwergeprüften Volk, dem er einen Bruch mit dem bisherigen System versprach, sowie einen Bruch mit der Vetternwirtschaft der beiden Altparteien PASOK und Nea Dimokratia, die seit mehreren Jahrzehnten das Land abwechselnd regierten und als Hauptverantwortliche für die anhaltende Krise gelten. SYRIZA hat insofern neuen Wind in Griechenlands politisches Leben gebracht und repräsentiert ein Programm mit dem sich das einfache Volk leichter identifizieren kann. Außerdem wäre Tsipras' Aufstieg auch nicht logisch zu erklären ohne den Frust, den die extreme Sparpolitik der letzten Jahre in Griechenland hervorgerufen hat. Ein Festhalten an diesem harten Sparkurs ist in Griechenland politisch inzwischen einfach nicht mehr zu vermitteln. Alexis Tsipras

ist demnach ein Mann, den eigentlich die Krise des Euro hervorgebracht hat und er wird von seinen Landsleuten als derjenige angesehen, der sie von der finanziellen „Unterdrückung“ der EU, und vor allem Deutschlands, befreien könnte. Ebenso wie Griechenlands neuer Finanzminister Yanis Varoufakis, vertritt auch der Ministerpräsident die Ansicht, dass Strukturreformen im Land zwar bitternotwendig seien, jedoch nicht allein durch die eiserne Sparpolitik umgesetzt werden können. Diese trifft nämlich nicht die Reichen, sondern nur die kleine und mittlere Schicht der Bevölkerung. Die Hauptforderung von SYRIZA und Koalitionspartner ANEL war also ein erneuter Schuldenschnitt, da das Land sowieso nicht in der Lage ist die milliardenhohen Beträge zurückzuzahlen (und dies höchstwahrscheinlich auch in naher Zukunft nicht sein wird). Des Weiteren möchte man die Rückzahlung der verbleibenden Schulden ans Wachstum koppeln, was bedeutet: je größer das Wachstum im Lande ist desto mehr Geld soll an die Gläubiger zurückgezahlt werden und umgekehrt.⁴ Die neue Regierung möchte also mit einer anderen Art des Krisenmanagements an die Situation herangehen und das Land vor allem von der aufgezwungenen Austeritätspolitik befreien. Und genau in diesem Punkt herrscht momentan Uneinigkeit zwischen Griechenland und der EU.

Tsipras' Ziele, beziehungsweise dessen wichtigste Wahlversprechungen können auf folgende Punkte zusammengefasst werden: Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Korruption; Senkung der Arbeitslosigkeit; Erhöhung des Mindesteinkommens; Abschaffung von wirtschaftlichen Privilegien der Orthodoxen Kirche und Reduzierung der Militärausgaben. Letztere betragen im Jahr 2013, trotz Finanzkrise, immer noch etwas mehr als sechs Milliarden US-Dollar.⁵ Griechenlands militärische Hochrüstung lässt sich vor allem durch die Angst vor der militärischen Macht des Nachbarn Türkei erklären, da die Beziehung der beiden NATO Länder seit jeher immer wieder Probleme aufweist. Einige der oben angeführten Ziele, wie zum Beispiel die Einführung

eines gerechten Steuersystems, werden als durchaus positiv bewertet und von den restlichen EU Partnern befürwortet, da man im Land der Hellenen bis jetzt bei weitem nicht konsequent genug bei der Besteuerung der Vermögenden vorgegangen ist. Andere Ziele hingegen, wie das Einfrieren von Privatisierungen und der angestrebte Schuldenschnitt werden als illusionär betrachtet, stoßen innerhalb der EU auf großen Widerstand und sind seit dem Amtsantritt der neuen Regierung immer wieder Gegenstand von hitzigen Debatten und Spekulationen über die Zukunft des Landes.⁶

Tatsache ist, dass das aktuelle Hilfsprogramm der internationalen Geldgeber für Griechenland nur noch bis zum 28. Februar 2015 läuft. Danach droht dem Euro-Land der Finanzkollaps. Es gilt also so schnell wie möglich zu handeln, um zu einer Einigung mit den EU Partnern zu kommen. Nachdem der Wahlsieg von SYRIZA feststand, wurde zwar zur Überraschung vieler innerhalb von nur wenigen Stunden eine neue Regierung auf die Beine gestellt und Ministerien - wie bereits vor den Wahlen versprochen - zusammengelegt und somit um einiges überschaubarer gestaltet. Das Linksbündnis stellte jedoch von Anfang an klar, die Zusammenarbeit mit der Troika - bestehend aus Europäischer Kommission (EK), Europäischer Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) - beenden zu wollen. Diese ist in Griechenland zum Symbol für Austerität geworden und somit innerhalb der Bevölkerung extrem negativ behaftet. Man sei zwar weiterhin auf Kooperation und Verhandlungen eingestellt, man respektiere jedoch in dieser Hinsicht nur mehr Institutionen mit vertraglich festgelegter Kompetenz und internationaler Anerkennung, wurde vom neuen Finanzminister wiederholt festgehalten. Eine erneute Verlängerung des noch laufenden Hilfsprogrammes kommt für die linke Regierung auch nicht in Frage, da die bis jetzt angewandten Rettungsprogramme ihr zu Folge versagt haben. Deswegen machte sich die Partei auch gleich nach dem Wahlsieg auf die Suche nach internationaler

Unterstützung. Besuche in Zypern, Italien, Frankreich, Großbritannien und Österreich standen auf der Agenda des Linksbündnisses. Auffallend war allerdings, dass man um den wichtigsten Geldgeber, nämlich Deutschland, vorerst einen Bogen machte, bis es schließlich doch noch zu einem kurzen Besuch von Finanzminister Varoufakis bei seinem deutschen Amtskollegen Wolfgang Schäuble kam. Trotz der vielen Sympathiebekundungen verschiedener Mitgliedsstaaten für Hellas und seine neue Regierung, steht die deutsche Bundesregierung nicht alleine dar in ihrer Forderung, dass Griechenland vorerst die noch ausstehenden Verpflichtungen des nicht abgeschlossenen Anpassungsprogramms der Troika zu erfüllen habe, bevor man überhaupt auf jegliche Vorschläge und Diskussionen bezüglich neuer Maßnahmen für das Land eingehen könne.⁷

Die Russland-Karte

Ein für die Europäische Union besonders besorgniserregender Punkt im Versuch der neuen Regierung die Schuldenlast des Landes doch noch irgendwie in den Griff zu bekommen, ist die Beziehung Griechenlands zu Russland. Diese erlangte nämlich neuen Aufschwung, nachdem Ministerpräsident Tsipras bereits kurz nach seinem Amtsantritt neuen Russlandsanktionen nicht zugestimmt hatte. Die Regierung sei hinsichtlich der Frage über erneute Sanktionen von der EU im Vorhinein nicht konsultiert worden, hieß es in Athen. Fakt ist, dass Griechenland seit langem enge wirtschaftliche Beziehungen zu Russland pflegt, vor allem im Tourismusbereich. Die Anzahl der Russen, die ihren Urlaub in Griechenland verbringen, ist in den letzten Jahren konstant gestiegen. Außerdem sitzen in Russland gute Kunden der griechischen Pelzindustrie und ein großer Teil der gesamten Obst- und Gemüseproduktion Griechenlands wird traditionell nach Russland exportiert. Somit sind vor allem die griechischen Bauern aufgrund der momentanen Spannungen zwischen der EU und Russland in Bezug auf die Ukraine Krise besonders stark betroffen.

In seiner ersten großen Parlamentsrede lehnte Ministerpräsident Tsipras wiederholt eine Verlängerung des EU Hilfsprogrammes für sein Land strikt ab, da dieses nicht geholfen, sondern zu einer humanitären Krise in Griechenland geführt hat. Die Tatsache, dass Russlands Finanzminister Anton Siluanow kurz darauf erklärte, Russland wäre eventuell bereit Griechenland finanziell unter die Arme zu greifen, beziehungsweise falls tatsächlich eine entsprechende Bitte um finanzielle Unterstützung an die russische Regierung gerichtet wird man diese definitiv prüfen würde, sorgte für große Aufregung unter den EU-Mitgliedsstaaten.⁸ Doch die Möglichkeit, dass dieses Szenario tatsächlich reale Formen annehmen wird, ist trotz der relativ engen Beziehungen von SYRIZA zu Russland wohl eher gering. Man könnte davon ausgehen, dass Griechenland keine Komplikationen in der EU Außenpolitik hervorrufen, und die Gesamtsituation durch eine erneute Belastung der innereuropäischen Beziehungen nicht weiter erschweren möchte. Allerdings erscheint momentan die Chance auf eine schnelle und allgemein zufriedenstellende Einigung Griechenlands mit den restlichen Euro-Ländern als ebenfalls gering. Inzwischen gibt es jedoch wieder ermutigende Anzeichen für das Sorgenkind der Eurozone: es wurde von der griechischen Statistikagentur ELSTAT festgehalten, dass die griechische Wirtschaft im vierten Quartal 2014 tatsächlich um 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gewachsen ist.⁹ Allerdings konnte es beim ersten Eurogruppen-Treffen der neuen Regierung in Sachen Schuldenlast zu keiner Übereinstimmung mit den restlichen Euro-Finanzministern kommen. Sowohl Deutschland als auch die restlichen Euro-Mitglieder wollen Griechenland zwar in der Eurozone halten, obwohl die Angst vor einem Kollaps der Währungsunion bei einem Austritt Griechenlands in letzter Zeit deutlich abgenommen hat. Sollte es also in den kommenden Wochen zu keinem Ergebnis kommen, droht Athen trotz allem der Finanzkollaps, was die Tsipras-Regierung um jeden Preis verhindern muss. Genau hier

könnte die russische Regierung eventuell eine Möglichkeit sehen, sich in innereuropäische Angelegenheiten einzubringen. Es bleibt also abzuwarten, ob Griechenland in einem Akt der Verzweiflung die sogenannte Russland-Karte tatsächlich einsetzen würde und ob Russland wirklich daran interessiert ist das momentan problematische Verhältnis zur EU noch mehr zu belasten.

Zukunftsperspektiven

Die Tatsache, dass ein europäisches Land inzwischen eine Regierungskoalition hat, die aus einer linksextremen und einer rechtspopulistischen Partei besteht, welche eigentlich nur eine große Gemeinsamkeit haben, nämlich den Kampf gegen das ‚Spardiktat‘, sollte vor allem den Führungskräften der Europäischen Union spätestens jetzt zu denken geben. Griechenland war lange Zeit ein Land der (politischen) Tradition; seit mehr als 40 Jahren wechselten sich die sozialdemokratische PASOK und die konservative Nea Dimokratia an der Spitze ab, seit mehr als 40 Jahren regierten das Land eigentlich zwei Familien, Karamanlis und Papandreou. Diese Konstante wurde am 25. Januar 2015 durch Tsipras' Wahlsieg zumindest vorübergehend beendet. Doch diese besorgniserregende Veränderung der politischen Landschaft eines der älteren EU-Mitgliedsstaaten kam nicht als Überraschung. Ebenso wenig überraschend ist auch die Tatsache, dass dieser Richtungswechsel nicht nur Auswirkungen auf Griechenland selbst hat. Auch die EU sieht sich nunmehr mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Es gäbe genauer gesagt drei Handlungsmöglichkeiten für die Europäische Union bezüglich Griechenland: 1.) Die EU könnte auf Tsipras' Forderungen eingehen, einen erneuten Schuldenschnitt gewähren und dem Land somit die Möglichkeit geben, etwas aufzuatmen. Dies wäre allerdings gar nicht im Interesse der Gläubiger, da man das in Griechenland Investierte gerne wiedersehen würde und schließlich auch nicht riskieren möchte, dass in Zukunft andere Staaten ebenfalls einen Schuldenschnitt

fordern, womit die gesamte Eurozone gefährdet werden könnte. Des Weiteren, könnten sich EU-Mitgliedsstaaten wie Portugal, die ebenfalls ein strenges Austeritätsprogramm eingeführt hatten, um die Krise zu bewältigen, von der EU als unfair behandelt sehen.¹⁰ 2.) Die EU könnte weiterhin versuchen, die neue Regierung von ihren Forderungen abzubringen, indem sie für Griechenland den ‚Geldhahn‘ zudreht und weiterhin versucht mit allen Mitteln auf Parteichef Tsipras Druck auszuüben, um den angefangenen, allerdings bis jetzt wenig erfolgreichen, Sparkurs voranzutreiben. Dies könnte jedoch auch zu unerwünschten Resultaten führen, von einer Zuwendung Griechenlands an Russland ganz abgesehen. Außerdem müsste sich Brüssel auch darüber Gedanken machen, was eigentlich alles aufs Spiel gesetzt wird, wenn es weiterhin unbeirrt an der extremen Sparpolitik festhält. In Griechenland hatte das ja zur Folge, dass nun eine linksradikale Partei gemeinsam mit einer rechtspopulistischen an der Macht ist, in Spanien wird Podemos unter der Führung von Pablo Iglesias immer populärer. Eine ‚Ansteckungsgefahr‘ ist also nicht ausgeschlossen. 3.) Man könnte beweisen, dass man innerhalb der Europäischen Union trotz der unübersehbaren Differenzen der inzwischen 28 Mitgliedsstaaten immer noch Kompromisse eingehen und Lösungen finden kann, die zwar vertragsgemäß sind, aber gleichzeitig auch von beiden Seiten akzeptiert und als sinnvoll erachtet werden. Im Idealfall müsste also nicht nur Deutschland oder die Europäische Union ihre Kompromissbereitschaft, beziehungsweise ihre Flexibilität unter Beweis stellen und einen Schritt auf Griechenland zugehen. Auch die neue griechische Regierung sollte sich klar sein, dass Griechenland bereits seit mehr als drei Jahrzehnten Teil der sogenannten „europäischen Familie“ ist und somit gewisse Verpflichtungen eingegangen ist. Diese Verpflichtungen gilt es auch jetzt einzuhalten, um ein unüberbrückbares Zerwürfnis mit den EU Partnern oder gar eine Isolierung des Landes zu vermeiden. Erste Anzeichen von (eher gezwungener) Kompromissbe-

reitschaft wurden bereits sichtbar, da man anscheinend niemanden für einen Schuldschnitt begeistern konnte. Inzwischen ist also die Rede von einem sogenannten Umschuldungsmodell für Hellas in der Hoffnung den Streit mit den Geldgebern beilegen zu können und somit das akute Liquiditätsproblem des Landes vorerst wieder in den Griff zu bekommen.

Auch US-Präsident Barack Obama äußerte sich für ein Griechenland innerhalb der Eurozone und betonte dabei, dass auf beiden Seiten Kompromisse nötig seien, da man Länder, die sich inmitten einer schweren Depression befinden nicht ununterbrochen ‚ausquetschen‘ könne.¹¹ Der politische Wille, Griechenland im Euroraum zu halten scheint auch bei allen Seiten vorhanden zu sein, doch vor allem für die deutsche, aber auch für die griechische Regierung steht momentan einiges auf dem Spiel und somit werden jegliche Verhandlungen bezüglich der Schuldenlast zusätzlich erschwert. Genauer gesagt, beide Seiten haben sehr unterschiedliche Vorstellungen, welcher nun der beste Weg sowohl für die EU als auch für Griechenland sein mag. Eine Lockerung der strengen Austeritätsmaßnahmen würde (zumindest kurzfristig) höchstwahrscheinlich ein schnelleres Wachstum der griechischen Wirtschaft als Folge haben und somit auch der Regierung den notwendigen Zeitraum geben, wichtige und tiefgreifende Reformen umzusetzen, ohne dabei ihre Bevölkerung noch stärker in Mitleidenschaft ziehen zu müssen. Gleichzeitig müsste Griechenland jedoch seinen Gläubigern unverzüglich versichern können, dass sowohl das Haushaltsdefizit des Landes nicht erneut rapide zunehmen wird als auch die langfristigen Ziele der Wirtschaftsliberalisierung und der Verwaltungsreform weiterhin konstant verfolgt werden. Letzten Endes ist niemand wirklich in der Lage vorherzusehen, was genau auf die EU, beziehungsweise auf die Währungsunion im Falle eines tatsächlichen Austrittes von Griechenland zukommen würde. Schließlich ist dies in den 16 Jahren, in denen der Euro bereits besteht, nie vorgekommen. Es ist also noch unklar,

wie man in der Praxis mit einer derartigen Situation umgehen würde.¹²

Momentan sieht es so aus, als ob der Europäischen Union noch einige schwierige Tage in Bezug auf ihr „Sorgenkind“ Griechenland bevorstehen könnten. Alles in allem ist zum heutigen Zeitpunkt auch (noch) nicht klar wie *radikal* die linksradikale Tsipras-Regierung tatsächlich sein kann. Die internen Meinungsunterschiede und Kompromisslosigkeiten sollten trotz allem so schnell wie möglich überwunden werden, um effektiv für Wachstum und Stabilität in der gesamten Eurozone sorgen zu können. Die EU kann schließlich nur durch Einheit und einem gewissen Maß an Flexibilität den notwendigen Respekt, sowohl unter ihren Mitgliedsstaaten, als auch im Rest der Welt aufrechterhalten und nur so wird sie auch weiterhin ihrem langjährigen Motto *In Vielfalt geeint*¹³ treu sein können.

Literatur

- 1) „Greece: Light at the end of the tunnel“. SWP Comments. Retrieved 2. February 2015. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C42_bastian.pdf
- 2) Hellenic Statistical Authority, Press Release. Retrieved: 16. February 2015. http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/BUCKET/A0101/PressReleases/A0101_SJO01_DT_QQ_03_2014_01_F_EN.pdf
- 3) „Heute stellt Tsipras seinen Plan für Griechenland vor“. Die Welt. Retrieved: 8. February 2015. <http://www.welt.de/wirtschaft/article137231925/Heute-stellt-Tsipras-seinen-Plan-fuer-Griechenland-vor.html>
- 4) „Heute stellt Tsipras seinen Plan für Griechenland vor“. Die Welt. Retrieved: 8. February 2015. <http://www.welt.de/wirtschaft/article137231925/Heute-stellt-Tsipras-seinen-Plan-fuer-Griechenland-vor.html>
- 5) „Militärausgaben von Griechenland in den Jahren von 2000 bis 2013“. Statista. Retrieved: 16. February 2015. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/322734/umfrage/entwicklung-der-militaerausgaben-von-griechenland/>
- 6) „Greece and the euro; Hitting the ground running-backwards“. The Economist. Retrieved: 14. February 2015. <http://www.economist.com/news/leaders/21643139-unless-syria-changes-course-greece-inexorably-heading-out-euro-hitting-ground?fsrc=scn/tw/te/pe/hittingthegroundrunningbackwards>
- 7) „Griechenland: Schäuble teilt aus“. Deutsche Welle. Retrieved: 30. January 2015. <http://www.dw.de/griechenland-sch%C3%A4uble-teilt-aus/a-18217844>

8) „Siluanov: Russia would consider helping Greece, if asked“. To Vima. Retrieved: 2. February 2015. <http://www.tovima.gr/en/article/?aid=672125>

9) Hellenic Statistical Authority, Press Release. Retrieved: 16. February 2015. http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/BUCKET/A0704/PressReleases/A0704_SEL84_DT_QQ_04_2014_01_E_EN.pdf

10) „Collateral Damage from ECB Strategy“. SWP Comments. Retrieved: 3. February 2015. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2015C03_dtr.pdf

11) „Obama hat Verständnis für Athens Abweichen vom Sparkurs“. Die Welt. Retrieved: 2. February 2015. <http://www.welt.de/newsticker/news1/article137021574/Obama-hat-Verstaendnis-fuer-Athens-Abweichen-vom-Sparkurs.html>

12) „Greek defiance raises questions for Europe“. International Institute for Strategic Studies. Retrieved: 16. February 2015. <http://www.iiss.org/en/publications/strategic%20comments/sections/2015-1f4d/greek-defiance-raises-questions-for-europe-ed04>

13) „Das Motto der EU“. Europäische Union. Retrieved: 16. February 2015. http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/motto/index_de.htm

Sofia Maria Satanakis ist Research Fellow am AIES.

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Schlossgasse 6, A-2344 Maria Enzersdorf
Tel. +43 (0)2236 411 96, Fax. +43 (0)2236 411 96-9
E-Mail: office@aies.at, www.aies.at

Layout: AGENCY Medienbüro Patrick Meyer